

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

14.4.1927 (No. 88)

Expedition:
 Karlsruher
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher:
 Nr. 953
 und 954
 Postcheckkonto
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 C. A. M. e. n. d.
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Rückholungen tariffreier Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Wirtschaftliche Umschau

In der Frage der Rheinregulierung auf der Strecke Straßburg—Basel stehen jetzt deutsch-schweizerische Verhandlungen bevor, wobei die Finanzierungsfrage zur Erörterung kommt. Es hat bereits, wie offiziös mitgeteilt wird, eine Fühlungnahme zwischen Delegationen beider Länder stattgefunden, wobei deutscherseits erklärt wurde, einen Teil der Kosten der Rheinregulierung zwischen Straßburg und Basel zu übernehmen, wenn sich die Schweiz ihrerseits an den Kosten der Kanalisierung der Strecke Basel-Bodensee beteilige.

Vor einiger Zeit wurde bereits in schweizerischen Blättern erklärt, daß in der Schweiz Einmütigkeit darüber herrsche, daß eine „ununterbrochene Schifffahrt Schweiz-Nordsee“ geschaffen werden müsse, und daß lediglich finanzielle Erwägungen das bisherige bedächtige Vorgehen verurteilten. Neuerdings wurde in der schweizerischen Presse erklärt, daß man in der Rheinregulierungsfrage Straßburg—Basel (Kembs) vorwärts kommen müsse, dem andernfalls gingen alle Projekte über die Schiffbarmachung der Oberrheinstrecke Basel—Bodensee, wie auch die Bodenseeregulierung, in der Luft. Deshalb wird auch angeregt, baldige Fühlung mit Frankreich zu suchen, da eine Sinausschiebung der Regulierungsarbeiten auch eine Schädigung des Oberessels bedeute. Bekanntlich besteht ja auch der Plan der Fortsetzung des franz. Seitenkanals von Kembs abwärts bis Straßburg, der freilich, schon aus finanziellen Gründen, auf keinen Fall in absehbarer Zeit zu realisieren ist, während die Regulierung dieser Rheinstraße nach dem Vorbild der Strecke Straßburg—Sondernheim durch Einbau eines Niederrheinstroms sich in relativ kurzer Zeit durchführen läßt. Wie sich aus der erwähnten Presse zeigt, hat man übrigens auch dort erhebliche Bedenken gegen den Rheinseitenkanal. Man befürchtet Versumpfung weiter Landstrecken und sogar eine Gefährdung der eisführenden Kaligruben. Nach Inangriffnahme der Regulierung, die freilich den Rheinseitenkanal nicht für alle Zeiten unmöglich macht, denkt man sich sodann die etappenweise Erschließung des Oberheins von Basel aufwärts, bis eine Wasserstraße von der Nordsee zum Bodensee zur Verfügung steht.

Die badisch-schweizerische Kommission für den Ausbau des Rheins auf der Strecke Basel-Bodensee, die dieser Tage in Zürich zusammengetreten war, hat, wie an anderer Stelle mitgeteilt, die Höherstellung beim Kraftwerk Eglsau (unterhalb Schaffhausen) beiden Ländern zur Genehmigung empfohlen. Auch wurde in die Prüfung des Kraftwerks Säckingen (oberhalb Ryburg-Niederschwörstadt) eingetreten, und von beiden Ländern aufgestellten Pläne über den ganzen Rheinausbau von Wirsfelden (oberhalb Basel) bis zum Bodensee ausgetauscht. Aus dem Rhein werden einst auf der Strecke von Basel bis Konstanz an Elektrizität (mittlere Jahreserzeugung) 3 1/2 Milliarden Kilowattstunden gewonnen werden, wovon auf Baden 1 1/2 Milliarden entfallen, während bisher 400 Millionen Kilowattstunden ausgenutzt sind. Mit dem stufenmäßigen Ausbau der Wasserkraft soll, wie gesagt, auch die Schiffbarmachung des Oberheins erfolgen.

Die Städte Frankfurt a. M. und Köln haben gemeinsam bisher unausgebeutete Kohlenfelder im linksrheinischen Gebiet von den Rheinischen Stahlwerken für 16 Millionen Mark erworben, und es besteht offenbar der Plan, zusammen mit anderen großen Gemeinden, genannt wurde Düsseldorf, aber auch südwestdeutsche Städte, die Gasfernversorgung selbst in die Hand zu nehmen, und zwar nicht von Beckenwerken, sondern von eigenen z. T. in großzügigem Ausbau befindlichen städt. Gaswerken aus. Ob der Plan, auch die badischen Großstädte Mannheim und Karlsruhe in die Kombination einzubeziehen, bereits feste Form angenommen hat, steht dahin. Die Mannheimer Presse bestreitet dies, wobei auch auf eine Rundgebung aus dem Saargebiet Bezug genommen wird. Darnach hat dort der Kohlenfelderankauf erhebliche Besorgnisse erregt, da man dadurch starke Verluste im süddeutschen Absatzgebiet befürchtet, auf das das Saarrevier angewiesen ist. Besonders bedenklich findet der Ankauf der Kohlenfelder auch in kommunalen Kreisen Kritik, weil die Erschließung dieser Kohlenfelder erhebliche Beträge, die man auf 60 bis 80 Mill. M. schätzt, beanspruchen würde und man sich

fragt, ob die Aufbringung und Festlegung dieser Mittel, die natürlich den Haushalt der Städte sehr in Anspruch nehmen müssen, bei der gegenwärtigen Überproduktion an Kohle zu verantworten ist. In Frankfurt begründete man den Erwerb der Kohlenfelder mit Notwehr, da die A.-G. für Kohlebewertung, welche die Ferngaspläne des Ruhrsyndikats betreibt, sich mit der Absicht trage, ihre Mitglieder zu verpflichten, Feintohle für neue Erweiterungen von fremden Gaswerken nicht zu liefern. Von Beiden wird allerdings eine solche Absicht in Abrede gestellt, gegen die sich ja auch gesetzliche Mittel finden würden. Übrigens finden gegenwärtig Verhandlungen des deutschen Städtetags mit der Kohlebewertungs-A.-G. in der Frage der Gasfernversorgung durch die Bechen statt, wobei es um die Wahrung der kommunalen und Verbraucherinteressen geht. Die Bechtoldenfrage macht sich bereits wieder deutlich sichtbar, und auch aus diesem Grunde werden Bedenken gegen kostspielige Neueröffnungen von Kohlenfeldern durch Städte geäußert. Verschiedentlich wachsen bereits auch in Deutschland die Halben wieder an und die Syndikate unterbieten sich auf den Exportmärkten. Wie die Steinkohlenbecken, planen auch die deutschen Braunkohlenwerke jetzt den Zusammenschluß zu einer Ferngasfernzeugungsgesellschaft. Namentlich in dem dichtbevölkerten Mitteldeutschland, dem auch Berlin nahe liegt, bieten sich hier gute Aussichten.

Ein anderes gegenwärtig viel erörtertes kommunales Projekt ist die Erbauung von Wohnungen durch ein amerikanisches Konsortium. Dieses will rund 14 000 zeitgemäße Wohnungen ohne Zuschuß aus öffentlichen Geldern in Berlin so billig herstellen, daß sie zu 120 Proz. der Friedensmiete abgegeben werden können. Die Stadt Berlin soll die Miete garantieren und die Verwaltung der Häuser übernehmen, ferner die Bauten amortisieren, so daß sie nach 28 Jahren in ihr Eigentum übergeben. Das ganze bedeutet eine 10 1/2-prozentige Verzinsung und Amortisation der auf 150 Millionen geschätzten Bausumme. Die jährliche Miete für eine 3 1/2-Zimmerwohnung wird auf 1200 M. berechnet, die jährliche Amortisation, zu der sich die Stadt verpflichtet muß, für eine solche Wohnung auf 150 M. Die Miete ist niedriger als die für solche Wohnungen, wie sie zur Zeit mit Hilfe von Hauszinssteuermitteln gebaut werden können. Da diese Mittel ungeschmälerter weiter für Wohnungsbaupurwecke zur Verfügung stehen und außerdem der heimische Geldmarkt nicht in Anspruch genommen wird, zeigt sich hier so ein wirksamer Weg, in der Wohnungsfrage vorwärts zu kommen. Denn es liegt hier ein ganz großes Projekt vor, was sich schon daraus ergibt, daß man in ganz Baden für dieses Jahr mit der Erstellung von 10 000 Wohnungen rechnet, während freilich das amerikanische Projekt eine Bauzeit von mehreren Jahren für die 14 000 Berliner Wohnungen in Aussicht nimmt.

Man will in der Lage sein, die Wohnungen durch Normung und eine Art Fleißarbeit beim Bau so billig herstellen zu können. Türen, Fensterböcke usw. werden z. B. gleich zu Zehntausenden von einer Stelle in Auftrag gegeben, die Maurer und Bauhandwerker in Gruppen eingeteilt, die in der ganzen Bauzeit dauernd die gleichen Arbeiten verrichten, z. B. Betonieren von Kellern, Aufmauern von Wänden, und man will dadurch die Zeit für die einzelnen Arbeiten stark vermindern. Das Projekt ist von Baufachleuten nachgeprüft, und wird als durchaus realisierbar bezeichnet. In diesem Fall ergeben sich freilich auch Lehren und Anregungen für uns, denn was den Amerikanern möglich ist, muß schließlich auch deutschen Baufirmen möglich sein. So könnten größere Städte ohne die bisherige Zersplitterung der Baugeselder im Wohnungsbau schneller vorwärts kommen, wenn sie eben in gleicher Weise wie das amerikanische Konsortium bauen oder bauen lassen. Bedingung wäre, daß man in der Normung und Rationalisierung im deutschen Wohnungsbau, über die ja bereits sehr viel geschrieben worden ist, nun auch tatsächliche Fortschritte macht.

Wochenschrift von Gösch erkrankt. Nach einer Meldung des „B. Z.“ aus Paris ist der deutsche Wochenschrift von Gösch an einer Halsentzündung erkrankt und muß einige Tage das Bett hüten.

Politische Neuigkeiten

Die gespannte Finanzlage des Reichs

Bei der Verabschiedung des Reichshaushalts für 1927 im Reichsrat machte am Mittwoch der Berichterstatter des Reichsrats, Ministerialdirektor Sachs, einige Bemerkungen über die Schwierigkeiten die sich auf Grund der für dieses Jahr vom Reichstag gefassten Beschlüsse bei der Aufstellung des Etats für 1928 ergeben werden. Er wies darauf hin, daß für 1928 die 190 Millionen Reichsmark fehlen werden, die diesmal aus dem Betriebsmittelfonds genommen sind; ferner die 200 Millionen, die aus den Überschüssen für 1926 genommen wurden. Ferner wird der Einnahmesatz von 190 Millionen aus dem Minsgewinn fehlen, weil mit den zu erwartenden Ausprägungen der Kopfsatz von 20 Reichsmark auf den Kopf der Bevölkerung erreicht sein wird. Es werden also einige hundert Millionen Mark an Einnahmen fehlen, demgegenüber aber mit einer sicheren Steigerung der Reparationslasten um 352 Millionen Mark zu rechnen sein. Wie der Ausgleich erzielt werden soll, dafür fehlt einstweilen jeder Anhalt. Nimmt man hinzu, daß der Reichsfinanzminister selbst für dringliche Aufgaben die Erhöhung der Beamtenbesoldung sowie die Erhöhung der Leistungen an die Kriegsgeschädigten bezeichnet hat, ohne daß vorläufig hierfür Mittel zur Verfügung stehen, so zeigt sich, wie gespannt die Finanzlage des Reiches ist und später erst recht sein wird.

Der Reichsrat stimmte dann dem Etat für 1927 und den übrigen Gesetzen zu, die der Reichstag vor der Osterpause erlegt hat.

Die bayerischen staatlichen Kraftwerke

Aus dem 6. Geschäftsbericht der staatlichen Kraftwerke A.-G., Mittlere Isar A.-G. und Bayernwerk A.-G. geht hervor, daß der Bruttoenergie-Umsatz um rund 46 Prozent auf 335 000 Millionen Kilowattstunden gestiegen ist.

Bei dem Waldenseewerk wurden größere Aufwendungen für Arbeiten notwendig, die sich aus der Anpassung der Ufer an den veränderten Wasserstand ergaben. Aus den Einnahmen von 1 031 338 RM. verbleibt ein Reingewinn von 133 972 RM. Für die Mittlere Isar A.-G. ist das abgelaufene Geschäftsjahr noch als Anlaufjahr zu betrachten, da zwei Maschinenjähre erst voll in Betrieb kamen. Im Frühjahr 1926 wurden die Arbeiten für den zweiten Ausbau des Werks aufgenommen. Aus den Einnahmen von 3 128 973 RM. verbleibt ein Reingewinn von 133 777 RM. Bei dem Bayernwerk erforderte die Steigerung des Abfahes an Strom koppelte Belegung einiger Leitungstrecken, so zwischen Waldenseewerk und Karlsfeld und zwischen Nachleitzwerk und Regensburg und Erweiterung der elektrischen Einrichtungen bei fast allen Umspannwerken. Der Gesamtabsatz an Drehstromenergie betrug 248 Millionen Kilowattstunden, von denen die Reichsbahn rund 49 Millionen abnahm. Aus der Einnahme von 7 538 926 RM. ergab sich ein Reingewinn von 64 620 RM. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr werden als günstig beurteilt.

Reichspräsident Lobe hat sich nach Bad Mergentheim zu einem vierwöchigen Kurgebrauch begeben. Er wird im Kurhaus Wohnung nehmen.

Zum Plauener Prozeß. Wie das Wolff-Büro auf Entfaltungen von unterrichteter Stelle erfährt, eilt die Meldung eines Berliner Watters, daß Dr. Stresemann gegen das Plauener Urteil Berufung eingelegt habe, mindestens den Tatsachen voraus. Die Besprechung darüber, ob tatsächlich eine Berufung erfolgt, sind noch nicht abgeschlossen. Auch steht die Entscheidung des Staatsanwalts noch nicht fest. Ob Dr. Stresemann Berufung einlegen wird, ist zweifelhaft, da er selbst nur als Nebenkläger in dem Prozeß aufgetreten ist.

Die Reichsbahn lehnt den Schiedspruch ab. Während die Eisenbahngewerkschaften den Schiedspruch trotz schwerer Bedenken angenommen haben, hat die Hauptverwaltung der Reichsbahn dem „Vorwärts“ zufolge den Spruch abgelehnt. Es ist zu erwarten, daß schon heute im Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen über eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vor sich gehen.

Deutsch-schweizerische Verhandlungen über fremdenpolitische Angelegenheiten. Am 4. April in München eingeleitete Verhandlungen zwischen deutschen und schweizerischen Delegierten über fremdenpolitische Angelegenheiten sind zum Abschluß gelangt. Hinsichtlich einer großen Anzahl der zur Erörterung gebrachten Fragen wurde eine Verständigung erzielt, die eine befriedigende Regelung der in den letzten Jahren hervorgetretenen Schwierigkeiten erwarten läßt. Ferner konnte eine weitgehende Übereinstimmung der beiderseitigen Auffassungen über zur Zeit besonders wichtige Fragen des internationalen Völkergerechts festgestellt werden.

Die Post- und Telegraphenbeamten für Gehaltsverbesserung. Eine Mittwochabend in Berlin abgehaltene stark besuchte Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Post- und Telegraphenbeamten beschäftigte sich mit der Besoldungsfrage und nahm nach Ausführungen des Verbandsvorstandes Angler, der die wirtschaftliche Notlage besonders der unteren Beamten schilderte, einstimmig eine Entschließung an, in welcher gegen eine weitere Sinausschiebung der notwendigen Erhöhung der Beamtenbezüge protestiert wird. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, sofort mit dem Deutschen Beamtenbund die Erhöhung der Bezüge mindestens rückwirkend ab 1 April d. J. nach vor Beginn der Sommerferien des Reichstages zu verlangen.

Mit der Beilage: 22. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der Vorbereitungsausschuss für die Abrüstungskonferenz hat sich, wie aus Genf gedruckt wird, heute vormittag auf Donnerstag, 21. April, nachmittags 4 Uhr vertagt.

Die litauische Ausweisungspraxis im Memelland. Dem Landesmedizinalrat Dr. Suwe, Memel, der reichsdeutscher Staatsangehöriger ist, ist seine Stellung zum 15. Mai d. J. gekündigt worden. Er muß zu diesem Zeitpunkt das Memelgebiet verlassen.

Badischer Teil

Zur Strafrechtsreform

Der Reichsrat hat in seiner Vollziehung vom 13. April 1927 den Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs endgültig verabschiedet. Zu Erörterungen gaben in dieser Sitzung lediglich noch die in der letzten Vollziehung zurückgestellten Anträge Preußens Anlaß, die auf die Einbeziehung gewisser Bestimmungen des Republikstrafgesetzbuchs in den Entwurf hingingen. Zu diesem Punkte hatte der badische Reichsratsbevollmächtigte in der Vollziehung vom 5. April 1927 von der Reichsregierung eine Erklärung über ihre Absichten hinsichtlich des Republikstrafgesetzbuchs im Zusammenhang mit der Strafrechtsreform gewünscht. Daraufhin gab der Reichsminister der Justiz in der Vollziehung vom 13. d. Mts. folgende Erklärung ab:

„Auf Grund der Anfrage, die der Herr Vertreter der Badischen Regierung in der letzten Vollziehung des Reichsrats an mich gerichtet hat, hat sich das Reichskabinett erneut mit der Frage beschäftigt, welche Haltung gegenüber den preußischen Anträgen einzunehmen sei. Das Kabinett ist bei der Aufassung verblieben, daß eine sachliche Stellungnahme zu den preußischen Anträgen gegenwärtig nicht möglich ist.

Das Republikstrafgesetz läuft am 23. Juli d. J. ab. Dieser Umstand nötigt dazu, rechtzeitig vor diesem Zeitpunkt in eine Nachprüfung der Gesamtfrage des Republikstrafgesetzes einzutreten. Unmittelbar nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags, im Mai d. J., werden die notwendigen Schritte zur Vorbereitung einer Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften getan werden. Die in den preußischen Anträgen behandelten Fragen enthalten nur einen Ausschnitt aus dem Fragenkomplex des Republikstrafgesetzes; auch sie werden also, da bei der erwähnten Gelegenheit auch geprüft werden muß, inwieweit Bestimmungen des Republikstrafgesetzes über den Umfang hinaus, in dem dies bisher im Strafgesetzentwurf vorgesehen war, zum dauernden Bestandteil der ordentlichen Gesetze zu machen sind, in nächster Zeit zur Entscheidung der gesetzgebenden Körperschaften gebracht werden. Soweit diese Prüfung zur Bejahung führt, wird das Ergebnis ohne Schwierigkeit auch noch für die Strafrechtsreform, deren Erledigung im Reichstag geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, nutzbar gemacht werden können. Die Reichsregierung bittet danach im Interesse der rechtzeitigen Verabschiedung des Strafgesetzentwurfs, die preußischen Anträge abzulehnen.“

Namens der preußischen Regierung wurde darauf erklärt, die preußische Regierung erachte die Erklärung der Reichsregierung nicht für zureichend, und halte ihre Anträge aufrecht.

Der badische Reichsratsbevollmächtigte gab namens der badischen Regierung folgende Erklärung ab:

„Die Badische Regierung hält grundsätzlich die Einfügung einiger Teile des Republikstrafgesetzes als dauernde Bestimmungen in den Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs, etwa im Sinne der preußischen Anträge Nr. 64 Ziffer 8 und 10b für geboten.

Nachdem indessen die Reichsregierung erklärt hat, daß sie zu einer sachlichen Stellungnahme zu den preußischen Anträgen gegenwärtig außerstande sei, will die Badische Regierung, in dem Bestreben, die gesetzgeberische Erledigung der Strafrechtsreform tunlichst zu fördern und eine die Verabschiedung des Entwurfs durch den Reichstag gefährdende Verzögerung zu vermeiden, dem Wunsch der Reichsregierung, die Erörterung der preußischen Anträge auf kurze Zeit zu vertagen, nicht entgegenzutreten, und wird demgemäß die preußischen Anträge zur Zeit ablehnen.

Die Badische Regierung vertraut dabei darauf, daß die Reichsregierung nach ihrer Erklärung die Frage, inwieweit Bestimmungen des Republikstrafgesetzes über den Umfang hinaus, in dem dies bisher im Strafgesetzentwurf vorgesehen ist, zum dauernden Bestandteil der ordentlichen Gesetze zu machen sind, in nächster Zeit zur Entscheidung der gesetzgebenden Körperschaften bringen und damit die Möglichkeit eröffnen wird, das Ergebnis dieser Entscheidung auch noch für die Strafrechtsreform nutzbar zu machen.

Die Badische Regierung behält sich aber auf Grund ihrer Überzeugung von der Notwendigkeit der Einbeziehung einiger Bestimmungen des Republikstrafgesetzes in das Strafgesetzbuch für alle Fälle vor, im Reichsrat auf Grund der Artikel 69 Abs. 2, 66 Abs. 1 Reichsverfassung initiativ vorzugehen oder im Reichstag oder seinen Ausschüssen auf Grund des Artikels 33 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 der Reichsverfassung die Einbeziehung der von ihr für erforderlich erachteten Bestimmungen des Republikstrafgesetzes in das Allgemeine Deutsche Strafgesetzbuch zu betreiben oder sich entsprechenden Schritten anderer Länder anzuschließen.“

In der sich daran anschließenden Abstimmung stimmten für die preußischen Anträge: das preußische Staatsministerium, die Provinzen: Posen-Westpreußen, Oberschlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Rheinprovinz, Hessen-Nassau, die Länder: Sachsen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Vorpommern und Rügen, gegen die preußischen Anträge: die preußischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, die Länder: Bayern, Württemberg, Baden, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe. Für die preußischen Anträge wurden demnach 37, dagegen 30 Stimmen abgegeben. Die preußischen Anträge sind also angenommen.

Am Schluß der Sitzung sprach der Reichsjustizminister dem Reichsrat und seinen Berichterstattern den Dank der Reichsregierung für ihre Mitarbeit an dem Strafrechtsreformwerk aus.

Der deutsche Geographentag in Karlsruhe

In einer im kleinen Rathssaal am Mittwoch abgehaltenen Vorbesprechung über den in der Pfingstwoche hier stattfindenden 22. deutschen Geographentag teilte Verkehrsleiter Rader mit, daß man zu dem bedeutenden Kongreß 800 bis 1000 Teilnehmer aus dem Reich und dem Auslande erwarte. Die Stadt Karlsruhe begrüße die Tagung besonders auch deshalb, weil die geographische Wissenschaft mit berufen sei, die großen verkehrspolitischen Aufgaben der deutschen Südwestküste zu unterstützen, wobei an die Rheinbrückenfrage, den Nord-Südverkehr usw. erinnert sei.

Alsdann nahm der Vertreter des Ortsausschusses des 22. Deutschen Geographentages, Regierungsrat a. D. Dr. Friedrich Mey, das Wort, um in großen Zügen das Programm der Tagung und der mit ihr verbundenen Ausstellung zu entwickeln. Dr. Mey, ein in Karlsruhe nicht unbekannter und um die badische Heimatforschung hochverdienter Gelehrter, dessen Wirkungsfeld leider fern von der Landeshauptstadt liegt — er ist Privatdozent an der Universität Leipzig — hat ein gut Teil Verdienst daran, daß der diesjährige Deutsche Geographentag Karlsruhe zum Tagungsort wählte. Letzmal hat man 1887 hier getagt. Der Deutsche Geographentag umfaßt das gesamte deutsche Sprachgebiet, außer Deutsch-Osterreich wird auch die Universität Prag und inoffiziell auch die Schweiz vertreten sein. Das Programm weist zahlreiche Vorträge über Forschungsreisen, Länderkunde und Fortschritte auf Spezialgebieten auf, gehalten von besten Kennern und geeignet, das größte Interesse nicht nur der wissenschaftlichen Welt, sondern auch der breitesten Öffentlichkeit zu erwecken. Wir nennen u. a. das Referat des Regattenkapitäns a. D. Spieß, über den Verlauf und die Ergebnisse der ersten deutschen Tiefseepedition. Dr. Mey selbst wird in einem Vortrage interessante Aufschlüsse über den Oberrhein als Aus- und Einwanderungsgebiet geben. Im Rahmen des Kongresses wird auch eine Tagung für Schulgeographie stattfinden. Außerdem ist in der Zeit vom 7. bis 19. Juni eine topographische und kartographische Ausstellung in der Stadt. Ausstellungshalle geplant (die Vorträge finden sämtlich im Kongreßsaal statt). Hier soll mit anderem reichhaltigen Lehr- und Anschauungsmaterial Badens große Kultural der Rheinkorrektur gezeigt werden. Eine wertvolle Ergänzung werden die Vorträge durch Exkursionen innerhalb des badischen Landes (Baden-Baden, südlicher Schwarzwald und Kaiserstuhl, Mannheim und Redaral, nördlicher Schwarzwald, Ob- und Nurgau, Kraichgau), sowie über die Grenzen hinaus (Pfalz, Saar-gebiet) und endlich durch eine Besichtigung des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart erfahren. — Aus Anlaß der Tagung wird eine Festschrift mit Beiträgen zur oberrheinischen Landeskunde und einem einleitenden Aufsatz des Präsidenten der badischen Badier- und Straßenbaudirektion, Dr. Fuchs, zur Oberheinfahrt erscheinen. — Dr. Mey erinnerte im Verlaufe seines Referats u. a. daran, daß Karlsruhe die Geburtsstadt des hier scheinbar vergessenen großen Geographen Friedrich Ratzel ist, den zu ehren sich der Kongreß besonders angelegen sein wird. — Über die Organisation der Tagung wäre folgendes mitzuteilen: Vorsitzender des Zentralausschusses ist Geheimrat Dr. Haffner, München, Vorsitzender des Ortsausschusses Präsident Dr. Fuchs, Ehrenvorsitzender der hochbetagte Geheimrat Wagner. Die Stadtverwaltung plant zu Ehren der Kongreßteilnehmer eine Reihe von Veranstaltungen. U. a. soll am Donnerstag der Pfingstwoche ein Oberrheinischer Seimatabend in der Festhalle stattfinden. Zur Unterbringung der Gäste wird man in weitgehendem Maße auch Privatquartiere in Anspruch nehmen müssen. Die Stadt hat deshalb ein eigenes Wohnungsbüro eingerichtet.

Die Heidelberger Staufkufe

Dr. H. Heidelberg, 14. April (Tel.). Das zuständige Reichsministerium in Berlin hat angeordnet, daß vorläufig alle Vorarbeiten an den neu zu beginnenden Staufkufen der Redaralkalisation unterbleiben sollen, bis das Reichskabinett endgültige Beschlüsse über die Weiterführung des Redaralkalisationswerks gefaßt hat. In Frage kommt hier vor allem das viel umfänglichere Staufwerk bei Heidelberg in Höhe der Girschgasse.

Der Ausbau des Oberrheins

Dr. H. Jülich, 13. April. Die badisch-schweizerische Kommission für den Ausbau des Rheins auf der Strecke Basel-Bodensee, die hier unter dem Vorsitz des Präsidenten der schweizerischen Delegation, Nationalrat Dr. Spahn, tagte, einigte sich endgültig über die Konzession für die Oberrheinfahrt beim Kraftwerk Gellisa. Sie empfiehlt den Behörden beider Länder, den Höherbau zu bewilligen. In die Prüfung des Projekts für das Kraftwerk Sadingen wurde eingetreten und das weitere Vorgehen vereinbart. Die von den beiden Ländern aufgestellten Pläne für den Ausbau des Rheins von Birsfelden bis zum Bodensee wurden ausgetauscht.

Eine neue Eingabe der Mannheimer Handelskammer in der Rheinbrückenfrage

Die Handelskammer Mannheim beschäftigte sich in ihrer letzten Vollversammlung u. a. auch mit der Rheinbrückenfrage, worüber Präsident Enel Bericht erstattete. Er teilte mit, daß die bestehenden Schwierigkeiten in der Art der Aufbringung der Mittel noch nicht behoben seien. Die Rheinbahn habe im Etat für 1927 nichts vorgesehen, so daß man mit einer baldigen Inangriffnahme des Baues nicht rechnen könne. — Die Verammlung beschloß, in dieser Frage erneut vorzutreten.

Zur Frage der Entschädigung von Gewalttätigkeiten wurde bekanntgegeben, daß vom Reich ein neuer Härtefonds für die weidlichen besetzten und ehemals besetzten Gebiete zur Verfügung gestellt worden sei.

Die neue Landesimterschule

Eine Bezirksbiennenzüchterversammlung fand am Sonntag in den „Drei Eichen“ in Redargemünd statt. Es entstand eine sehr rege Aussprache über viele Punkte der Biennenzucht. Aber die neue Landesimterschule auf der v. Rortheimstiftung am Steigerweg berichtete Fr. Kieberger, Redaral, der zum Leiter des Institutes ausersehen ist. Sie soll zur Schulung der badischen Imker in Kursen dienen und dazu beitragen, die verschiedenen Bienenarten auf ihren Wert für unser Land nebeneinander auszubilden. Das ziemlich kostspielige Gebäude bietet Platz für 64 Biennedöcker, hat einen Lehrsaal, wird in der nächsten Woche mit den ersten Bienen bezogen und soll im Mai durch eine größere Festlichkeit eingeweiht werden.

Tagungen

Demokratischer Jugendtag. Vom 16.—18. April findet in Heidelberg die Overtagung der deutschen demokratischen Jugend statt. Etwa 2000 Gäste werden erwartet. Der diesjährige badische Jugendherbergetag findet am 18. und 19. Juni in Bruchsal statt.

Lohnbewegungen in Baden

Dr. Karlsruhe, 14. April. Der Schlichtungsausschuss Karlsruhe hat am Samstag, 9. April für die mittelbadische Metallindustrie folgenden Schiedsspruch gefällt: Der Spitzenlohn für die Stunde wird auf 80 Pfennig erhöht, und zwar vom 4. April 1927 bis 31. März 1928. Die Abfordersätze erfahren eine Erhöhung um 8 Prozent. Die übrigen Sätze errechnen sich nach dem bisherigen Schiedsspruch. — Eine Funktionärversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes für Mittelbaden lehnte diesen Schiedsspruch nahezu einstimmig ab.

Dr. Mannheim, 13. April. Nach zweimaligem Scheitern der Verhandlungen über die Lohnforderungen der Mannheimer Weinfässer, wurde vom Schlichtungsausschuss ein Schiedsspruch gefällt, der den Spitzenlohn um 1,75 RM. erhöht. Ab 1. Oktober soll eine weitere Erhöhung um 1,75 RM. erfolgen. Dieser Schiedsspruch wurde von Arbeitgeberseite abgelehnt.

Dr. Mannheim, 13. April. Von Arbeitnehmerseite ist das bisherige Lohnabkommen für die Seifenindustrie Badens und der Pfalz gekündigt worden. Es wird eine Erhöhung der Lohnsätze um 15 Proz. gefordert.

Forstheim, 13. April. Dem „Forst. Anz.“ wird vom Deutschen Nationalen Handlungsgewerksverband geschrieben, daß die am Montag zwischen dem Arbeitgeberverband der Industrie und den Angestelltenvereinigungen stattgefundenen Gehaltsverhandlungen gescheitert seien. Die Angestelltenverbände werden den Schlichtungsausschuss anrufen.

Gemeinde-Rundschaue

Erweiterung des Städt. Krankenhauses Kastatt. Der Bürgerausschuss Kastatt nahm den stadtträlligen Antrag betr. Erweiterung des städt. Krankenhauses durch Neubauanlagen an. Die Ausführung der ersten Stufe mit einem vorläufigen Kostenaufwand von etwa 850 000 RM. soll sofort in Angriff genommen und dieser Aufwand aus Anlehensmitteln bestritten werden.

Der Bürgerausschuss Offenburg genehmigte einen Kredit in Höhe von 50 000 RM. aus Anlehensmitteln zur Erwerbung von Grundstücken. Zur Förderung des Wohnungsbaues im Rechnungsjahr 1927/28 sollen vorerst etwa 535 000 RM. aus Anlehensmitteln zur Verfügung gestellt werden. Auch die Vorlage betreffend Abgabe von Gelände in Erbbau an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene zur Errichtung einer Siedelung fand Annahme.

Die Vorkriegsschulden der Stadt Donaueschingen. Die Stadtgemeinde Donaueschingen hatte aus der Goldmarkzeit noch an Verpflichtungen 254 000 RM. in Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind diese 254 000 RM. mit 2,5 Proz. = 6350 RM. aufzuwerten und mit dem fünfjährigen Betrag dieser Aufwertung, also 31 750 RM. innerhalb einer Tilgungsdauer von 20 Jahren einzulösen. Um die bei dieser Einlösung sich ergebenden Schwierigkeiten zu vermeiden, hat der Bürgerausschuss den gemeinderätlichen Beschluß genehmigt, wonach man sich mit dieser Ablösung an der Deutschen Kommunal-Sammel-Anleihe beteiligen will.

Der Bürgerausschuss Müllheim genehmigte in seiner letzten Sitzung die Aufnahme eines Darlehens von 170 000 RM., bei einer Stimmhaltung von der Summe werden 30 000 RM. für die Anlage von Gehwegen, 60 000 RM. für die Verlegung der Realschule in die Infanteriekaserne, 40 000 RM. für die Verlegung der Gewerbeschule in das bisherige Realschulgebäude und 40 000 RM. für Bezahlung restlicher Kaufpreise für Grundstücke erforderlich.

Aus der Landeshauptstadt

75-jähriges Bestehen einer Firma. Die weithin bekannte Firma Raab, Karlsruher G. m. b. H. konnte gestern ihr 75-jähriges Bestehen feiern. Der Betrieb wurde in Kaiserlautern in bescheidenem Umfange begonnen, aber bald wurden Zweigniederlassungen in Stragburg und Mannheim gegründet, von denen insbesondere die Stragburger Filiale zu hoher Blüte sich entwickelte.

Internationales Musikfest in Karlsruhe. Das große internationale Musikfest, das am Anlaß des 30. Stiftungsfestes des Musikvereins „Harmonie“ vom 6. bis 13. August 1927 in Karlsruhe veranstaltet wird, wird auch zahlreiche ausländische Musiker nach Karlsruhe führen. Zu den Wertungskonzerten deutscher und ausländischer Kapellen werden etwa 1000 Musiker erwartet. Eine besondere Anziehungskraft wird das Fest durch eine Musikfachausstellung erhalten. Auf dieser Ausstellung werden nicht nur Instrumente, Musikalien und Musikapparate gezeigt, sondern auch Filmvorführungen.

Karfreitagskonzert in der städt. Festhalle. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß das vom Badischen Landestheater vorbereitete Karfreitagskonzert in der städt. Festhalle um 6 Uhr beginnt. Zur Aufführung kommt zunächst Mozart's G-Moll Sinfonie, die ebenso wie das nachfolgende Requiem zu des Meisters letzter und reifster Schaffensperiode gehört. In der Rollenbesetzung wirken außer dem Bachverein, dem Sing- und Singschor vom Landestheater, als Solisten mit: Elise Mani, Magda Etard, Robert Bus und Franz Schuster. Die dem ersten Charakter des hohen Feiertages angemessene Veranstaltung steht unter der künstlerischen Gesamtleitung von Generalmusikdirektor Josef Krips.

Badisches Landestheater. Richard Wagners „Parsifal“ wurde in Karlsruhe zuletzt an den Overtagen vor zwei Jahren gegeben. Wie damals, geht das Werk in den von Direktor Albert Wolf nach dem Bayreuther Vorbild geschaffenen Dekorationen in Szene. Die beiden Aufführungen am 17. und 18. April erhalten ein besonderes Gepräge durch das Gastspiel von Lily Haffgen als Kundry. Die Sängerein, die bekanntlich seit Jahren in Bayreuth in hervorragenden Partien mitwirkten, gehörten vermöge ihrer prachtvollen Stimme, ihrer Kultur und Intelligenz zu den ersten Vertreterinnen ihres Faches.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Der gestern bei Island gelegene Wirbel hat sich während seiner Ostwärtsverlagerung erheblich vertieft und einen langen Ausläufer bis nach Norddeutschland vorgeschoben. Das westliche Hoch ist dadurch vorübergehend wieder zurückgedrängt worden, so daß wir das wolfige Wetter mit einzelnen leichten Regenschauern noch behalten. Für Süddeutschland stellt ein schmales Alpenhoch zeitweise heitere und meist trockene Witterung in Aussicht. Der kräftige Zustrom warmer Luft auf der Südseite des Wirbels läßt allgemeine Erwärmung erwarten. Voraussichtliche Witterung für 15. April: wolfig und mild mit einzelnen leichten Regenschauern, Südbaden zeitweise heiter und meist trocken.

Räumungs-Verkauf wegen **E. Büchle**
Geschäftsverlegung gutem Wandschmuck für jedes Heim
zu billigsten Preisen u. erleichterten Zahlungen.
Inhaber: W. Bertsch
KUNST-HANDLUNG
Kaiserstraße 128

Kurze Nachrichten aus Baden

Donauerschiffen, 18. April. Seit einiger Zeit schwebten hier Verhandlungen über den Verkauf der Bederischen Fabrik. Wie berichtet wird, haben Schweizer Interessenten das Anwesen erworben, um dort eine Spezialfabrik für Seide einzurichten. Es sollen bis Ende des Jahres ca. 180 Webstühle in Betrieb gesetzt werden. Der Betrieb in der Bederischen Fabrik soll bis zum 1. Juli hier weitergeführt werden, um dann nach Bültingen überzuführen.

Bonnborn, 18. April. Die Zuchtgenossenschaft Bonnborn hielt hier am Sonntag ihre Generalversammlung ab. Die Genossenschaft umfasst in 23 Ortsvereinen 252 Mitglieder. Eine Resolution, die sich gegen die Einführung von schwarz-weißem Niederungsvieh wendet, fand einstimmige Annahme.

Edrach, 18. April. Der große Geldschrankdiebstahl in der Splanerie und Weberei A. G., Steinen, hat seine Aufklärung gefunden. Dank der tatkräftigen Zusammenarbeit von Polizei und Gendarmerie konnte das Geld wieder beigebracht werden. Einer der bereits seit einigen Tagen verhafteten Verdächtigen hat die Tat eingestanden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	14. April		18. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.58	169.00	168.59	169.01
Brüssel 100 G.	112.44	112.72	112.43	112.71
Paris 100 F.	21.165	21.225	20.81	21.87
London 1 Pf.	20.464	20.516	20.465	20.517
Neuyork 1 D.	4.214	4.224	4.214	4.224
Wien 100 Kr.	16.506	16.515	16.505	16.545
Schwiz 100 Fr.	81.065	81.265	81.05	81.25
Wien Schilling	59.29	59.43	59.27	59.41
Wrag 100 Kr.	12.475	12.515	12.473	12.513

Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft, A. G., Mannheim. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die Anträge der Verwaltung. Aus dem Reingewinn von 2.048.401 M. wird auf das 15 Millionen M. betragende Aktienkapital eine Dividende von acht Prozent verteilt. Dem Verwaltungsrat werden 132.489 M. zugewiesen, 135.000 M. werden für Abschreibungen verwendet und 580.911 M. auf neue Rechnung vorgetragen. Die formalen Satzungsänderungen wurden genehmigt. Neu in den Aufsichtsrat wurde Dr. Benno Weil, der langjährige Vorstand der Gesellschaft, gewählt.

Saatenzustand im Deutschen Reich. Der milde und trockene Winterverlauf des vergangenen Winters hat auf die Saaten im allgemeinen günstig eingewirkt. Vereinzelt stärkere Niederschläge in den Wintermonaten haben nennenswerte Schädigungen nicht verursacht. Durch Fröste und Schnee sind nur in höheren Lagen stellenweise Auswinterungsschäden entstanden. Die Getreidesaaten sind zumeist gut durch den Winter gekommen. Die beste Beurteilung ergibt sich für Weizen. Auch Gerste und Spelz stehen im allgemeinen gut. Weniger günstig lauten die Begutachtungen für Roggen, der infolge vielfacher Verwendung von ungebeiztem Saatgut häufig von Fusarium (Schneeschimmel) befallen ist und einen dünnen und lückigen Stand aufweist. Auch Schäden durch Mäuse- und Schneckenfraß werden mancherorts verzeichnet. Die Frühjahrspflanzung ist in diesem Jahre früher als sonst in Angriff genommen worden und ist bereits gut fortgeschritten. Vereinzelt beginnen die Sommergetreidesaaten bereits aufzulaufen. Vielfach wurden auch schon Frühkartoffeln gepflanzt. Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2=gut, 3=mittel, 4=gering ergibt sich folgende Begutachtung des Saatenzustandes im Reichsdurchschnitt: Winterweizen 2,5 (gegen 2,8 April 1926), Wintergerste 2,6 (2,6), Winterroggen 2,8 (2,8), Wintererbsen 2,6 (2,7).

Die diesjährige Mailänder Mustermesse wurde am Dienstag eröffnet. Bekanntlich nimmt das Deutsche Reich, das auf der Messe einen eigenen Reichspavillon besitzt und durch den deutschen Reichskommissar, Ministerialrat Dr. Willede, repräsentiert wird, offiziell an der Messe teil. Der Umfang des deutschen Besuches wird dem des Vorjahres gleichen.

Die 11. Schweizerische Mustermesse in Basel wurde Dienstag Abend geschlossen. Die Zahl der Besucher erreichte über 150.000.

Börsen und Märkte

Börse. Trotz der durch die Osterfeiertage eintretenden Pause im Börsengeschäft und trotz der Medioliqumation hielt die Hausstimmung an der Börse unentwegt an. Ramentlich die Montanaktie wurde durch fortgesetzte rheinische Käufe gesteigert, wobei man aber nicht sicher ist, wie weit diese rein spekulativer Natur sind und wie weit Interessentenkäufe mitsprechen. Auch das Ausland trat als Käufer auf und war vor allem in Elektropapieren unter dem Einfluß der internationalen Hausse in diesen Werten. Wiederkehrende Dividendenhoffnungen und Kapitalerhöhungsgerüchte regten die Spekulation immer wieder an. Auch die günstigeren Wirtschaftsmeldungen gaben der Börse Veranlassung, von ihrer festen Grundstimmung auch kurz vor den Osterfeiertagen nicht abzulassen. Auch der ständige Rückgang der Erwerbslosigkeit wurde stark beachtet. Sehr fest lagen vor allem die Montanaktien, Elektrowerte, auch die Schiffahrtswerte. Auf dem Bankaktienmarkt war das Geschäft verhältnismäßig geringfügig. Farbenaktien lagen stiller. Sehr vernachlässigt waren heimische Renten. Die 5prozentige Reichsanleihe von 1927, in der sich das Angebot wieder vergrößert hatte, wurde erneut herabgesetzt auf 90 Proz. Der Geldmarkt hat wieder leichtes Aussehen. Die allgemeine Geldlage wird von den Banken auch weiter als günstig beurteilt. Man verweist darauf, daß im April große Steuereingänge bevorstehen, und daß das Reich keine nennenswerte Abzüge aus dem Erlös der Reichsanleihe vornehmen werde. Andererseits ist aber zu beachten, daß infolge der Konjunkturverbesserung der Geldbedarf der deutschen Industrie sich ständig steigern wird.

Auf den Produktmärkten war das Geschäft mit Inlandsware klein, mit ausländischer Ware dagegen ziemlich bedeutend. Die Weltgetreidemärkte stellten durchweg höhere Forderungen. Die Märkte sind für Brot- und für Futtermittel fester. Das Mehlgeschäft ist andauernd still. Auf den Hopfenmärkten waren die Preise unverändert. An der Berliner Produktbörse notierten Weizen 271 (plus 1), Roggen 254 (minus 4), Wintergerste 205 (unv.), Sommergerste 245 (unv.), Hafer 216 (unv.) Mark je pro Tonne und Mehl 36 1/2 (plus 1/2) Mark pro Doppelpentner.

Warenmarkt. Die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft nach der tiefen und anhaltenden Depression, setzt sich nur mühsam und langsam durch. Die Metallmärkte unterlagen, und zwar allgemein auf den Weltmärkten, einem neuen Preisdruck. Von der angekündigten Produktionsminderungsmaßnahme ist noch nichts zu erkennen. Die Erzeugung ist vielmehr noch gestiegen und das Angebot daher immer noch größer als der Bedarf. Auf den süddeutschen Eisenmärkten hat sich die Geschäftslage gebessert. Die Belegung resultiert aus dem gesteigerten Bedarf der eisenverarbeitenden Industrie. Die Maschinenindustrie hat verstärkten Auftragszufluss im In- und Auslandsgeschäft. Auch in der Baumwollindustrie ist das Geschäft lebhafter. Sowohl Spinnereien wie Webereien haben reichliche Aufträge, die Vollarbeit auf Monate hinaus liegen.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 16. April bis 26. April 1927

- Samstag, 16. April. * E 23. Th.-Gem. 501-600. Bonaparte. 7 1/2 bis 10 1/2 (5.-)
- Sonntag, 17. April. Außer Miet. Parival. Gastspiel Lily Saffren. 5-10 (9.-)
- Montag, 18. April. Außer Miet. Parival. Gastspiel Lily Saffren. 5-10 (9.-)
- Dienstag, 19. April. * C 22. Bar und Zimmermann. 7 1/2 bis 10 1/2 (7.-)
- Mittwoch, 20. April. * B 23. Th.-Gem. 701-800. Der Patriot. 7 1/2-10 1/2 (5.-)
- Donnerstag, 21. April. * D 23 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 1001-1100. Die Bohème. 8-10 1/2 (7.-)
- Freitag, 22. April. * F 23 (Freitagmiete) Th.-Gem. 901-1000. Thomas Faure. 8-10 (5.-)
- Samstag, 23. April. * E 24. Th.-Gem. 3. S. Gr. Neueinstudiert: Judith von Geibel. 7-10 1/2 (5.-)

Sonntag, 24. April. 16. Vorstellung der Sonderniete für Auswärtige: Fiesland. 3-5 1/2 (4.-)

Abends: * G 24. Th.-Gem. 801-900. Zurandot. 7 1/2 bis 9 1/2 (8.-)

Montag, 25. April. Volksbühne 8. Das Grab des unbekannten Soldaten. 7 1/2-9 1/2 (5.-)

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. Dienstag, 26. April. * A 23. Th.-Gem. 601-700. Fidelio 7 1/2 bis 10 (7.-)

b) Im städt. Konzerthaus: Sonntag, 17. April. * Erkaufführung: Kreuzfeuer von Rudolf Kreßler und Leo Walthar Stein. 7 1/2-9 1/2 (4.-)

Montag, 18. April. Nachmittags: Dover-Calais. 3-5 (3.-)

Abends: * Der guttühende Grad. 7 1/2-9 1/2 (4.-)

Sonntag, 24. April. Kreuzfeuer. 7 1/2-9 1/2 (4.-)

c) In der städt. Festhalle: Montag, 25. April. 6. (Letztes) Volks-Sinfonie-Konzert: Beethoven. 8 bis 10 (3.50)

Am Karfreitag wird die Vorverkaufskasse um 1 Uhr nachmittags geschlossen.

Diese Woche ausnahmsweise: Umtausch für Inhaber von Blockheften, Samstag vormittags 9 1/2-1 Uhr.

Vorankündigung des Badischen Landestheaters: Mittwoch, 4. Mai 1927: Einmaliges Gastspiel Ballenberg: Familie Schmel von Gustav Kadelburg.

Vorrecht. a) Bei Mietvorstellungen Umtausch für Inhaber von Blockheften jeweils ab Samstag nachmittags 3 1/2 bis 5 Uhr.

b) Bei Vorstellungen außer Miet: Vorrecht der Blahmieter mit 10 Proz. Nachlaß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 9 1/2-12 Uhr. — Die im Wochenplan genannte Abteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. — Im ersten Vorrecht wird unter den Mietabteilungen abgewechselt.

c) Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Dienstag vormittags.

Kartenvorverkauf. Vorverkaufskasse des Landestheaters, Fernspr. 6288. An der Stadt: Hauptverkaufsstellen Musikalienhandlung Fris Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, und Reisebüro Hermann Wehle, Kaiserstraße 141. Weitere Verkaufsstellen: Zigarrenhandlung Fr. Drummert, Kaiserallee 29 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werberplatz 48.

Deutsche Theater-Ausstellung Magdeburg Mai - September 1927.

Rundfunkstunde des Badischen Landestheaters, Freitag, 22. April 1927. 6 1/2 Uhr.

Staatsanzeiger

Apothek in Königshofen. Die Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Königshofen, Amt Tauberbischofsheim, die durch Verzicht des bisherigen Inhabers frei ist, wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Gesuche sind binnen vier Wochen schriftlich unter Anschluß der vorgeschriebenen Unterlagen (bergl. Ausschreiben vom 6. Januar 1927, Apotheke in Wöflingen) hierher einzulegen.

Karlsruhe, den 11. April 1927.
Der Minister des Innern
J. v. Föhrenbach

Dem Gemeinderat Ettlingen wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie erteilt.
Karlsruhe, den 12. April 1927.
Der Minister des Innern
J. v. Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts
Ernannt:
Finanzoberinspektor Karl Regen bei der Techn. Hochschule zum Ministerialrechnungsrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Verwaltungsinpektor Ludwig Krüger beim Staatstechnikum in Karlsruhe zum Verwaltungsinspektor dafelbst.

Badisches Landestheater Karlsruhe

In der Städtischen Festhalle

Freitag, den 15. April 1927

Karfreitags-Konzert

des Badischen Landestheater-Orchesters

Leitung: Josef Krips

Solisten: Else Blank, Magda Straß, Robert Duf, Franz Schuster

Chor: Singchor und Hilfschor des Badischen Landestheaters und Bachverein

g-moll Sinfonie Nr. 2

Mozart-Requiem

Anfang 6 Uhr Ende nach 7 1/2 Uhr

Saal 1. Abteilung 3.50 M.

Harel	Hofbauer
Fouche	v. d. Trend
Sabary	Blum
Charlot	Kuhne
Volney	Müller
Real	Reidner
Molin	Mehner
Loubal	Ostholt
Drouet	Graf
Mameluf	Samson
Samson	Ragel
Herzog v. Enghien	Zeitgeb
Louise	Fraundorfer
Cadoudal	Brand
Senator	Kuhne
Dalai	Ed
Jeanne	Mert
Rinnie	Hermesdorff
Lou	Silber
Marianne	Schöning

Anfang 7 1/2, Ende nach 10 1/2
I. Sperrst. M. 5.-
So. 17. u. Mo. 18. April
Parival
So. 17. April im Konzerth. Kreuzfeuer
Mo. 18. April nachmittags im Konzerth. Dover-Calais abends Der guttühende Grad

WILH. KRAUT
HEBELSTRASSE 13
Telefon 4180

Nord- und bay.
Wurstwaren,
Käse, feine
Tafelbutter,
frische
Landeler,
Konserven,
Weine, Kaffee,
Tee, Kakao,
sämtliche
Kolonialwaren

322. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Schmidt & Schell, offene Handelsgesellschaft, Inhaber Heinrich Schmidt und Hermann Schell, Labalfabrikate in Karlsruhe, Kaiserstr. 93, wird zur Abwendung des Konkurses die Geschäftsaufsicht auf die Dauer von einem Monat angeordnet. Zur Aufsichtsperson wird Rechtsanwält Dr. Baerther hier, Kaiserstr. 231 bestellt.
Karlsruhe, 11. April 1927.
Vad. Amtsgerichts A 5
— Gerichtsschreiber.

Die Süddeutsche Gipsindustrie G. m. b. H. in Karlsruhe hat ihre Auflösung beschlossen. Als Liquidator fordere ich die Gläubiger der Gesellschaft auf, sich zu melden.
Karlsruhe, 29. März 1927.
Der Liquidator:
Franz Bösch



Ein Osterpariengang ohne neues Gewand

wird Ihnen jede Freude am Fest nehmen. Darum machen Sie es wie

tausend andere:
Kaufen Sie gleich
Zahlen Sie später
in unseren gross angelegten Abteilungen für
Herren-, Damen-, Kinder-Moden

Kleinste Anzahlung!
Bequemste Ratenzahlung!

Beamte und alte Kunden ohne jede Anzahlung.

Deutsche Befleidungs-gesellschaft m. b. H.
Kronenstr. 40 Karlsruhe Ecke Marktgrafenstr.

Tieferschüttert teile ich Freunden und Bekannten mit, daß mein lieber Mann, der treubesorgte Vater meines Kindes, unser guter Bruder, Schwiegersohn und Schwager

Eugen Huffschnid

Badischer Notar

unerwartet rasch, gestern abend 9 Uhr, infolge Herzschlags sanft entschlafen ist.

Buchen (Baden), den 13. April 1927.

In tiefem Schmerz:
Marie Huffschnid
geb. Werrlein

FELS-BIER

das Bier des Kenners



Ueber die Feiertage

Märzenbier

Bad. Lichtspiele · Konzerthaus

Erstaufführung:

BEE THOVEN

Ein Film zum Gedächtnis des hundertjährigen Todestages des Sängers der Ewigkeit



Der Film spielt in Bonn und Wien in den Jahren 1770—1827

MUSIKBEGLEITUNG

Samstag, den 16. bis Mittwoch, den 20. April, jeweils abends 8 Uhr; Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags; Ostermontag, den 17. April nur 3 Uhr nachmittags; Ostermontag, den 18. April nur 11 Uhr vormittags

Preise und Ermäßigungen wie üblich
Vorverkauf: Fritz Müller, Kaiserstraße



Alterprobe Neubert's Normalschuhe sind richtige Feiertagschuhe

von wunderbaren Passformen feinsten und hygienischer Ausführung unverwundlicher Qualität. Auch elegante Sachen.

Größte Auswahl in Stiefeln und Schuhen aller Art für Damen, Herren und Kinder.

Reformhaus Neubert, Amalienstr. 25 Eingang Waldst.

Unsere

Möbel-Ausstellung

Karlstraße 30

umfaßt

in 4 Stockwerken

über 100 Wohnungs-Einrichtungen

und Küchen

Wir bieten Außergewöhnliches in Auswahl und Preis

Unverbindliche Besichtigung erbeten
Den ganzen Tag geöffnet

HOLZ-GUTMANN

Karlstraße 30

Am 22. März 1927. Josef Kopp, Maurer in Sulz, wurde durch Beschluß des Amtsgerichts Sulz vom 4. April 1927 wegen Verschwendung entmündigt.

Sulz, 12. April 1927
Der Gerichtsschreiber
des Amtsgerichts.

Für den Neubau eines Wasserturmes im Bahnhof Waldshut sind nach den Bedingungenvorschriften v. 1. 6. 1924 öffentlich zu vergeben: a) Grab-, Maurer-,

Beton- und Eisenbetonarbeiten (auf.), b) Steinhauerarbeiten (Kunsthandhewer), c) Zimmerarbeiten, d) Waldschneiderei, e) Blechschneiderei, f) Dachdeckerarbeiten, g) Außere Verputzarbeiten, h) Glaserarbeiten, i) Schreinerarbeiten, k) Schlosserarbeiten, l) Anstreicherarbeiten. Pläne und Bedingungen liegen auf Zimmer 7 zur Einsicht auf, daselbst auch Abgabe der Angebotsbordrunde gegen Erfaß der Selbstkosten u.

Voreinsendung für a) 95, c) d u. e) 60, k) 75 u. für alle übrigen Arbeiten 50 Pf. in bar (keine Brieftauben). Die Angebote sind verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen bis 25. ds. Mts., vormittags 11 Uhr, anher einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Waldshut, 12. April 1927.
Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft Vorstand der Bahnbauinspektion.

Bezirkssparkasse Donaueschingen

Oeffentliche Verbandssparkasse

Bilanz per 31. Dezember 1925

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	7 372.21	1. Spareinlagen	569 622.62
2. Guthaben		2. Giro- und Kontokorrent-Einlagen	226 051.34
a) bei Banken, Girozentralen u. Postsparkassen	7 838.84	3. Guthaben anderer Sparkassen und Girozentralen	634 987.15
b) Betriebskapitalanteil bei der Girozentrale	20 500.—	4. Aufwertungsfonds	6 950.01
3. Wertpapiere	1.—	5. Rücklagen	
4. Wechsel	26 560.47	a) gesetzl. Reservefonds	20 403.93
5. Darlehen in laufender Rechnung an Private	118 608.62	Übertrag von Sonder-rücklagenkonten	18 381.04
Verluste 1925	250 000.—	b) Sonderrücklage	73 531.07
6. Feste Darlehen		Neubewertung der Grundstücke u. Gebäude	154 999.—
a) auf Hypothek	113 814.50	Verlust-Übernahme 1925	210 149.03
b) an Gemeinden	186 500.—	Übertrag auf gesetzl. Reservefondskonto	18 381.04
c) gegen Bürgschaft	147 454.49		228 530.07
7. Grundstücke u. Gebäude	1.—		
8. Zugänge infolge Neubewertung	154 999.—		
9. Gerätschaften	1.—		
10. Zinsrückstände	42 744.96		
	1 476 396.09		1 476 396.09

Gewinn- und Verlust-Rechnung

Soll	RM	Haben	RM
1. Verwaltungskosten	49 559.07	1. Überschüsse aus Zinsen usw.	89 410.04
2. 1925 gebaute Verluste	250 000.—	2. Verlust übertragen auf Sonder-rücklagenkonten	210 149.03
	299 559.07		299 559.07

Bilanz per 31. Dezember 1926

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	11 308.09	1. Spareinlagen	1 477 433.73
2. Guthaben		2. Giro- und Kontokorrent-Einlagen	682 121.21
a) bei Banken, Girozentralen u. Postsparkassen	31 864.97	3. Guthaben anderer Sparkassen und Girozentralen	218 823.45
b) Betriebskapitalanteil bei der Girozentrale	38 500.—	4. Aufwertungsfonds	35 197.34
3. Wertpapiere	1.—	5. Rentenbankkredite	24 103.69
4. Wechsel	88 824.15	6. Rücklagen	
5. Darlehen in laufender Rechnung an Private	763 092.72	a) Bestand Ende 1925	38 784.97
6. Feste Darlehen		b) Zuweisung des Reingewinnes für 1926	62 707.11
a) auf Hypothek	1 016 087.13		
b) Kaufschillinge	51 415.—		
c) an Gemeinden	244 000.—		
d) gegen Bürgschaft	177 109.96		
e) gegen Faustpfand	2 520.—		
7. Rentenbankkredite	22 541.69		
8. Grundstücke u. Gebäude	80 000.—		
Abreibung	5 000.—		
9. Gerätschaften	2 978.32		
Abreibung	2 977.32		
10. Zinsrückstände	16 905.79		
	2 539 171.50		2 539 171.50

Gewinn- und Verlust-Rechnung

Soll	RM	Haben	RM
1. Verwaltungskosten	49 124.13	1. Überschüsse aus Zinsen usw.	119 808.56
2. Abschreib. a. Einrichtung	2 977.32		
3. Abschreibung a. Gebäude	5 000.—		
4. Reingewinn	62 707.11		
	119 808.56		119 808.56

Donaueschingen, den 31. März 1927.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Specht

Der Geschäftsleiter: Schippel

Rechtsanw. Dr. 308. Mez. Vertrag vom 24. März 1927. Gütertrennung. 5. 4. 27. 2. Seite 413; Satz, Ernst, Maurermeister, Karlsruhe und Amalie geb. Denf. Vertrag vom 28. März 1927. Gütertrennung. 5. 4. 27. 3. Seite 414; Prosch, Hans Rudolf, Redakteur, Karlsruhe und Emma geb. Rottmann. Vertrag vom 4. April 1927. Gütertrennung. 8. 4. 27. Badisches Amtsgericht.

Druck G. Braun, Karlsruhe